

von Hirschhausen, Christian R.; Ott, Konrad; Röhling, Klaus-Jürgen

Article

Für mehr Tempo bei der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: von Hirschhausen, Christian R.; Ott, Konrad; Röhling, Klaus-Jürgen (2024) : Für mehr Tempo bei der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 91, Iss. 35, pp. 548-, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2024-35-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/303061>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

CHRISTIAN VON HIRSCHHAUSEN, KONRAD OTT
UND KLAUS-JÜRGEN RÖHLING



Für mehr Tempo bei der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle

Christian von Hirschhausen ist Forschungsdirektor im DIW Berlin und Professor an der TU Berlin. Konrad Ott ist Professor für Umweltphilosophie an der Universität Kiel.

Klaus-Jürgen Röhlig leitet das Institut für Endlagerforschung an der Technischen Universität Clausthal. Der Kommentar gibt die Meinung der Autoren wieder, die im TRANSENS-Projekt zusammenarbeiten

Die Entscheidung für den Standort eines tiefeologischen Endlagers für hochradioaktive Abfälle, die für 2031 vorgesehen war, soll sich um Jahrzehnte verschieben. Anstatt des noch vor knapp zwei Jahren genannten Zeitraums zwischen 2046 und 2068 ist nunmehr sogar vom Jahr 2074 die Rede – und auch dies nur unter „idealen Bedingungen“. Das Öko-Institut spricht in seinem Bericht allerdings auch von möglichen Beschleunigungen, für die es am Ende der ersten Phase des Suchprozesses etwa im Jahre 2027 ein Zeitfenster gäbe.

Angesichts dieser Gemengelage droht ein erneutes Scheitern in der Endlagerfrage. Es könnte zu einem schleichenden Übergang in eine auf Dauer gestellte Zwischenlagerung kommen. Die erste von drei Phasen der Entscheidungsfindung soll nach jetziger Planung 2027 abgeschlossen werden. Die BGE schließt allerdings weitere Verzögerungen nicht aus und spricht von „Planung“, nicht von „Terminierung“. Schon der jetzige Zeitplan impliziert noch ein Jahrhundert Oberflächenlagerung. Sollte eine Entscheidung erst nach 2074 erfolgen, wäre die Einlagerung der Nuklearabfälle wohl erst in der Mitte des nächsten Jahrhunderts abgeschlossen.

In der jetzigen Situation muss zeitnah politisch entschieden werden, ob der Suchprozess beschleunigt oder auf die lange Bank geschoben werden soll. Wir plädieren mit allem Nachdruck für eine Beschleunigung in der Endlagerstandortsuche, damit sich der Gesamtprozess der Endlagerung nicht bis tief in das 22. Jahrhundert hinein erstreckt. Die Zwischenlagerung an der Oberfläche müsste entsprechend länger dauern, was zu Regulierungsproblemen (Genehmigungen der Lager und der Castor-Behälter) und zur Frage nach der baulichen Ertüchtigung der Zwischenlager führt. Sogar neue konsolidierte Zwischenlager sind im Gespräch. Die unklaren Zeithorizonte führen zudem zu absehbaren Finanzierungsdefiziten. Eine Kalkulation der Kosten bis tief ins nächste Jahrhundert ist ökonomisch nicht mehr seriös möglich.

Normativ betrachtet bedeutet die Verschiebung einen Risiko- und Kostentransfer auf die nächsten drei bis vier Generationen.

Belastungen werden also Generationen aufgebürdet, die keinen Atomstrom mehr konsumieren. Das Argument, durch wirtschaftliches Wachstum und technologischen Fortschritt werde es zukünftigen Generation leichter fallen, die Endlagerung zu vollziehen, verfängt schon längst nicht mehr. Das Argument, angesichts des Zeitraums der sicheren Einlagerung (eine Million Jahre) seien einige Jahrzehnte längerer Suche irrelevant, verkennt, dass die nähere und die fernere Zukunft zwei verschiedene Dinge sind.

Es ist verfehlt, einen hypothetischen Sicherheitsgewinn für die (sehr) ferne Zukunft mit einem Sicherheitsdefizit in näherer Zukunft zu erkaufen. Geht man von einer ungewissen Zukunft aus, so sollten wir uns nach Kräften bemühen, wenigstens ein Problem zeitnah zu lösen. Die Dynamik von Gesellschaften ist ungleich höher als die von stabilen geologischen Formationen. Die gesellschaftlichen Randbedingungen für eine bestmöglich sichere Endlagerung könnten heute günstiger sein als in Zukunft. Die im Standortauswahlgesetz geforderte „bestmögliche Sicherheit“ ist kein Argument für die Annahme, dass ein Endlager in ferner Zukunft sicherer sein wird als in näherer Zukunft. Im Gegenteil: Mit der Verzögerung droht uns ein schleichender Sicherheitsverzehr. Das wartungsfreie Tiefenlager ist deshalb die beste Option.

Nach dem Ende des „großen“ Konflikts um die Kernenergie scheint sich ein über Jahrzehnte schwärender Technologiekonflikt um die Entsorgung herauszubilden. Von einem solchen Konflikt sollten wir die nächsten Generationen entlasten. Eine Standortentscheidung 2031 wird es aller Wahrscheinlichkeit nach nicht geben, die Verschiebung ist jedoch inakzeptabel. Alle Beteiligten sollten von „2031+x“ ausgehen und anerkennen, dass x unter Wahrung der Prinzipien von Sicherheit und Fairness zu minimieren ist. An diesem Minimierungsziel ist die Endlagerpolitik zu beurteilen.

Der Beitrag ist in einer längeren Fassung am 13. August 2024 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen.



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

91. Jahrgang 28. August 2024

Herausgeber*innen

Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.;
Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Andreas Leibing

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an
den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).